

Frisch, Alfred

Article

Sozialpolitische Tendenzen in Frankreich

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Frisch, Alfred (1954) : Sozialpolitische Tendenzen in Frankreich, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 34, Iss. 2, pp. 68-70

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/206722>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

schieben; das Sozialgefüge selber sollte die Wiedervereinigung unerschüttert überstehen können.

Die sowjetische Herrschaft in Ost- und Mitteldeutschland hat zweifelsohne bewußt eine Proletarisierung der dortigen Bevölkerung versucht. Diese Politik hat aber die Sozialstruktur doch noch nicht radikal verändert und im wesentlichen nur den allgemeinen Lebensstandard gedrückt. Das Buch von Nettl (*The Soviet Zone*) mag übertreiben, wenn es behauptet, daß die Sowjetzone noch immer ein bourgeoises Land sei. Aber im Kerne ist das richtig. Die Gegebenheiten der deutschen Situation und die internationale Lage haben verhindert, daß eine radikale Umschmelzung des deutschen Lebens in der Ostzone erfolgte.

Die Bevorzugung der Facharbeiterschaft in der Sowjetzone unterscheidet sich wenig von dem Aufstieg der Eliten der Arbeiterschaft, wie ihn in Westdeutschland die ökonomischen Verhältnisse zustande gebracht haben. Es ist also nicht einzusehen, warum das wiedervereinigte Deutschland nicht ein bürgerlich-bäuerliches Land mit einer starken Beimengung arrivierter Arbeiterschichten sein sollte.

Wenn auf die Dauer eine wesentliche Wandlung der deutschen Sozialstruktur durch die Wiedervereinigung entsteht, dann vielleicht nur auf dem Umweg über geistige Wandlungen. Der größere Lebensernst, den die Bevölkerung der Sowjetzone angenommen hat, die

geistigen und politischen Leidenschaften, wie sie vielleicht im Anschluß an das Erlebnis der „Befreiung“ entstehen mögen, können vielleicht dazu beitragen, die inneren Haltungen des deutschen Volkes insgesamt zu verändern, und eines Tages eben auch an die Stelle der westdeutschen „Windstille“ eine größere geistige und soziale Bewegtheit und Erregtheit setzen. Das kann niemand vorhersagen.

Im sozial-ökonomischen Sektor jedoch bestehen nicht allzu viele Faktoren und Momente, die einen großen Wandel der Sozialstruktur unvermeidlich machen müßten. Aber man darf nie vergessen, daß weltpolitisch und geschichtlich „Deutschland“ heute nur noch als eine Revolution möglich ist, und niemand kann wissen, was alles von den Schwingungen dieser Revolution ergriffen werden wird. (nd)

Politik und Diplomatie

Während die Politik die Ziele aufstellt, die die Staaten zu erreichen streben, soll die Diplomatie die Mittel und Wege bieten, um diese Ziele nach und nach zu erreichen oder ihnen nahezukommen. Denn die Ziele, die sich die Staaten vornehmen, reiben sich auf dem engen Raum der Erde, und so sind alle politischen Ziele gewissermaßen nur in Gegenrechnung durch Aushandeln zu erreichen. Die Geschicklichkeit des Aushandelns ist entscheidend dafür, ob der eine oder der andere Staat sich seinen Zielen schneller nähern kann.

Der Verlauf der Berliner Konferenz hat wenig von der hohen Kunst der Diplomatie verraten. Härte im Verhandeln darf nicht zur Sturheit führen, die jedes Nachgeben zum Prestigeverlust macht. Natürlich sind hin und wieder, um ganz tote Punkte zu überwinden, auch gewisse Vergleichsangebote gemacht worden. Aber diese Vergleichsangebote hatten durch ihre Bedeutungslosigkeit den Schein von Spiegelfechtereien. Der große Aufwand mit so illustren Verhandlungspartnern wird sich in der geschichtlichen Erinnerung nur als ein Berg abzeichnen, der nicht einmal eine Maus gebar, aber viel Alldruck verursachte.

Man fragt sich unwillkürlich, ob mit Berlin nicht die Epoche internationaler Verhandlungen endgültig ihr Ende gefunden hat. Aber wir möchten es nicht hoffen. Denn alle Staaten verfolgen trotz Scheiterns von Konferenzen und Kongressen ihre Ziele weiter. Und wenn diese Ziele sich auf dem engen Raum der Erde reiben, bleiben nur Mittel jenseits der Diplomatie. Aber kein Staatsmann kann heute eine solche Verantwortung auf sich nehmen. Wir können nur hoffen, daß sich in den Geheimbesprechungen Möglichkeiten abgezeichnet haben, die weitere internationale Besprechungen sinnvoll machen. Aber müssen wir nicht den Inhalt dieser Besprechungen, den wir nicht kennen, fürchten? Seit jeher leidet die Menschheit unter der Angst vor dem Morgen. Wird es den Staatsführungen niemals gelingen, diese Angst zu bannen? (sk)

Alfred Frisch, Paris

Sozialpolitische Tendenzen in Frankreich

Die tiefgehende Streikbewegung vom August 1953, deren eigentliche Beweggründe und Triebkräfte immer noch nicht ganz klar sind, lastet fühlbar und dauerhaft auf der gesamten sozialpolitischen Atmosphäre Frankreichs. Nach langen Jahren ergriffen zum ersten Mal wieder die Arbeiter die Initiative, ohne sich von ihren Gewerkschaften politisch oder in sonstiger Art beeinflussen zu lassen, ohne ferner greifbare lohnpolitische Ziele zu verfolgen. Es war ein stiller Aufstand der Massen, der allerdings nicht den geringsten revolutionären Charakter hatte, vielleicht weil in Frankreich seit langem der revolutionäre Funke erloschen ist. Jedenfalls verursachte der Streik im Monat August einen klaren Bruch im sozialpoli-

tischen Gefüge des Landes. Er führte vor allen Dingen zu einer schwierigen, in ihren Auswirkungen nur langsam zum Ausdruck kommenden Erschütterung der französischen Gewerkschaftsbewegung.

Im heutigen französischen Leben sind die Gewerkschaften nur noch eine schwache Kraft. Ihre restlose Zersplitterung ist weitgehend bekannt, ihre Mitgliederzahl wird noch überschätzt. Die kommunistische Gewerkschaft CGT dürfte kaum mehr als 1,5 Mill. zahlende Mitglieder haben, die sozialistische Gewerkschaft „Force Ouvrière“ und die christliche Gewerkschaft zusammen kaum mehr als eine Million. Dazu kommen etwa 500 000 weitere organisierte Arbeitnehmer in den verschiedenen anderen, kleineren Verbänden. Damit

ist gerade ein Viertel der französischen Arbeitnehmerschaft gewerkschaftlich organisiert, für ein Land mit stürmischer Sozialpolitik und zahlreichen Streikbewegungen ein erstaunlich geringer Satz.

In der Vergangenheit bestand für die Gewerkschaften kein unbedingter Zusammenhang zwischen Mitgliederzahl und tatsächlichem Einfluß. Traditionsgemäß ist der Gewerkschaftsverband für zahlreiche französische Arbeiter nur ein gelegentlicher Notbehelf. Man hält es nicht für erforderlich, darin mitzuarbeiten oder auch nur passiv Beiträge zu zahlen, ist jedoch froh, sich im Ernstfall der gewerkschaftlichen Organisation bedienen zu können. Diese Einstellung ermöglichte es nicht zuletzt der kommunistischen Gewerkschaft, im entscheidenden Augenblick immer wieder die Führung zu übernehmen und auf die Mehrheit der Arbeitnehmer zählen zu können. Lohnforderungen und Streikbewegungen gehörten so unbestreitbar zu den Vorrechten und Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung.

Gerade hier ist nunmehr in den letzten Monaten ein grundlegender Wandel eingetreten. Im August wollte keine der Gewerkschaftsorganisationen den Streik, weil sie alle einmütig einen großangelegten Ausstand mitten in der Ferienperiode für einen gewerkschaftstechnischen und auch allgemeinspsychologischen Wahnsinn hielten. In kleinen Gruppen nahmen die Arbeiter ihr Schicksal allein in die Hand und stellten zu ihrer größten Überraschung fest, daß es auch ohne Gewerkschaft geht. Bis zum Schluß der Streikbewegung blieb die kommunistische CGT. aus rein taktischen Gründen im Hintergrund. Sie wurde und wird weiterhin offensichtlich von der Parteileitung der Volksfrontpolitik geopfert, d. h. die Kommunisten wollen ihre Bereitschaft zur Mitarbeit im gegebenen staatlichen und gesellschaftlichen Rahmen um jeden Preis unter Beweis stellen. Die anderen Gewerkschaftsorganisationen diskreditierten sich zusätzlich durch falsche Versprechungen. Sie malten ihren Mitgliedern, deren Vertrauen sie unbedingt zurückgewinnen wollten, Erfolgswahnvisionen an die Wand, sie versicherten ihnen, die Regierung werde auf jede Sanktion verzichten. Als dann die Streikbewegung hoffnungslos im Sande verlief, als doch im Interesse der Betriebsdisziplin die unentbehrlichen Sanktionen ergriffen werden mußten, blieb in weiten Arbeitskreisen eine bittere Verachtung für die gewerkschaftliche Unfähigkeit zurück. Besonders verhängnisvoll ist augenblicklich die Lage der sozialistischen und der christlichen Gewerkschaften in mehreren staatlichen Unternehmen. Noch nie war wohl der moralische Kredit der Gewerkschaftsbewegung bei den Arbeitern so niedrig wie zur Zeit, noch nie bestand eine so tiefe Kluft zwischen den Gefühlen, Ansichten und Absichten der Arbeiter einerseits und der offiziellen Gewerkschaftspolitik andererseits. Die Gedanken der einen haben mit den lauten Reden der anderen nur noch wenig gemein.

Die gewerkschaftliche Entwertung hat aber in Frankreich darüber hinaus tiefere, gewissermaßen strukturelle Ursachen, deren Wirkung durch die Erfahrungen der Arbeiterschaft in den letzten Monaten lediglich beschleunigt und verschärft wurde. Innerhalb der Be-

triebe und Industriezweige weicht nämlich der traditionelle Gegensatz zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern schrittweise einer neuen Form der Zusammenarbeit. Teilweise noch unbewußt kristallisiert sich ein innerbetrieblicher Gemeinschaftsgeist heraus. Die Arbeiter erkennen, daß ihr wirtschaftliches Schicksal in engem Zusammenhang mit der Lage des Betriebes steht, die Unternehmer werden sich freiwillig oder gezwungen ihrer sozialen Funktionen bewußt und auch der unentbehrlichen Mitarbeit der Belegschaft für die Verbesserung der Produktivität. Der Betrieb verwandelt sich so langsam in eine recht organische Einheit, allerdings mit deutlicher Spitze gegen Verbraucher, Staat und Konkurrenz. Lohnerhöhungen erhalten den Vorrang vor Preissenkungen, das Ergebnis der Produktivität wird unter Ausschaltung des Verbrauchers zwischen Kapital und Arbeit aufgeteilt, lohnschützende Preiskartelle werden von den Belegschaften nicht mehr bekämpft, gemeinsam mit den Unternehmern fordern sie vom Staat protektionistische Maßnahmen verschiedenster Art.

Für die Gewerkschaften bleibt in dieser neuen Atmosphäre nur wenig Raum. Lohnverhandlungen werden zu einer Familienangelegenheit. Es ist kein Zufall, wenn sich die Streikbewegungen der letzten Jahre fast ausschließlich gegen den Staat richteten. Das interessanteste Beispiel lieferte die Textilindustrie. Dort wurde Mitte 1953 ein sozialer Rahmenvertrag unter Beteiligung des industriellen Berufsverbandes und der sich in der Minderheit befindlichen nichtkommunistischen Gewerkschaftsorganisation zwecks enger sozialer Zusammenarbeit abgeschlossen. Ihm folgte Anfang 1954 ein weiteres Abkommen, das die Anpassung sämtlicher Textillohne an den zu diesem Augenblick gegebenen höchsten Stand vorsieht. 1954 dürfen die Textilarbeiter mit einer Lohnerhöhung von rund 10% rechnen. Sie verpflichten sich ihrerseits, das soziale Klima nicht zu stören und die erforderlichen Produktivitätsanstrengungen zu unternehmen. Die Modernisierung und auch die Konzentration der Betriebe wird von beiden Partnern gebilligt, wobei sich die Unternehmer verpflichten, kollektiv vor jeder unvermeidlichen Betriebsschließung für die anderweitige Unterbringung der freiwerdenden Arbeitskräfte entweder in der Textilindustrie oder in Ersatzbetrieben Sorge zu tragen.

Die hier aufgezeigte Entwicklung befindet sich noch in einem Anfangsstadium. Sie vermag bereits individuelle Beziehungen zu entgiften, sie schuf aber noch nicht die Grundlage für ein neues soziales Klima, um so weniger als die Gewerkschaften aller Tendenzen geradezu verzweifelt darum bemüht sind, ihr rückläufiges Ansehen durch eine überspitzte demagogische Lohnpolitik wieder etwas aufzufrischen. Aus dieser Einstellung ergeben sich zwangsläufig starke Spannungen, die im Laufe des Jahres sehr wohl zu neuen Explosionen führen können. Genährt werden sie nicht zuletzt durch die im Durchschnitt niedrigen Löhne und Gehälter der öffentlichen Bediensteten, die bei der Armut des Staates und den gegebenen strukturellen Verhältnissen in der Verwaltung kaum eine Verbesserung unter normalen Umständen erhoffen dürfen.

Unlängst befaßte sich ein besonderer gemischter Ausschuß beratender Art mit der neuen Berechnung des sogenannten Existenzminimums. Vertreter der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber sind darin in gleicher Zahl vertreten. Dazu kommen je drei Delegierte der Familienverbände und des Staates. Die staatlichen Sprecher sind zwei Minister und ein hoher Verwaltungsrichter. Nach den Beschlüssen dieses Ausschusses — an der Schlußabstimmung nahmen die Unternehmer nicht mehr teil — müßte der gesetzliche Mindestlohn um nicht weniger als 60 % erhöht werden. Wenn bei der gesetzlich gegebenen Lohnfreiheit dieser Mindestlohn auch kein allgemeiner Lohnmaßstab ist, wäre eine derartig umfangreiche Steigerung zwangsläufig das Signal für eine allgemeine und ausgedehnte Lohnerhöhung, nicht zuletzt weil eine weitere Zusammendrängung der Lohnhierarchie in Frankreich kaum vorstellbar ist. Diese Neufestsetzung des theoretischen Existenzminimums steht nicht im Zusammenhang mit der Preisentwicklung, die in den letzten zwei Jahren zweifellos zumindest stabil war. Die Erhöhung des Endbetrages ergibt sich aus einer Steigerung der sogenannten Mindestansprüche, die für das allgemeine französische Sozialklima seit Kriegsende bezeichnend ist. Außerdem besteht der Ausschuß darauf, daß der Mindestbedarf durch eine Arbeitsdauer von 40 Stunden gedeckt wird und nicht, wie es bei der augenblicklich gültigen Regelung der Fall ist, von 45 Stunden (die durchschnittliche tatsächliche Arbeitsdauer liegt zur Zeit bei etwa 45 Stunden).

Es ist offensichtlich, daß derartige Ansprüche nicht einmal teilweise befriedigt werden können. Soweit von Wirtschaftssachverständigen Lohnerhöhungen zur Kaufkraftbelebung in Erwägung gezogen werden, geht man über einen Satz von 5 bis 10 % nicht hinaus. Auch in diesem bescheidenen Rahmen besteht wenig Neigung zu einer allgemeinen Maßnahme. Den Vorzug gibt man individuellen Lohnerhöhungen im Rahmen der innerbetrieblichen Möglichkeiten. Sonst würde man nur eine neue Inflationswelle auslösen und der Wirtschaft damit einen sehr schlechten Dienst erweisen.

Das französische Kaufkraftproblem vermag, soweit es besteht, allein durch die Steigerung der Produktivität und eine Reorganisation des Handels gelöst zu werden. Es genügt in diesem Zusammenhang der Hinweis, daß der französische Handel einen um 50 % größeren Anteil des Volkseinkommens in Anspruch nimmt als der deutsche Handel. Eine Anpassung der französischen Handelsspannen an das internationale Maß unter Berücksichtigung der jeweiligen Dienstleistungen würde ohne weiteres eine Aufbesserung der französischen Kaufkraft um 10 bis 15 % gestatten. Der Anteil des Kapitals an den Industriegewinnen ist ungewöhnlich niedrig. Selbst eine Streichung würde den Arbeitern wenig nützen. Die erheblichen Rückstellungen für Amortisationen und Eigenfinanzierung erscheinen bei dem gegebenen technischen Rückstand zahlreicher französischer Betriebe als unentbehrlich. Über gesteigerte Produktivität kommen sie übrigens ziemlich kurzfristig den Arbeitern wieder zugute.

Soeben erscheint

die dritte Lieferung des

LÄNDERLEXIKON

erarbeitet von den wissenschaftlichen Mitarbeitern des HAMBURGISCHEN WELT-WIRTSCHAFTS-ARCHIVS und zahlreichen Länderexperten. Verantwortlich für den politisch-sozialen Teil Prof. Dr. Karl Heinz Pfeffer, Hamburg. Verantwortlich für den wissenschaftlichen Teil Dr. Werner Schöte, Hamburg.

Bezugsbedingungen: 1. In 24 Einzellieferungen zu je 80 Seiten (Lieferungen in etwa monatlichen Abständen; drei Einbanddecken in Halbleder werden kostenlos geliefert).

Preis je Lieferung: DM 6,—

2. In 3 abgeschlossenen Bänden.

Preis je Band: DM 48,—

Sonderangebot: gültig bis 31. Oktober 1954 bei Vorauszahlung des ganzen Werkes bei Bestellung
DM 120,—



VERLAG WELTARCHIV GMBH
HAMBURG 36, POSTSTRASSE 11 · TELEPHON 34 47 69

Bezugspreise für den WIRTSCHAFTSDIENST: Einzelpreis: DM 3,50, vierteljährlich DM 10,—, bei gemeinsamem Bezug mit „Weltkartei der Wirtschaftspresse“ oder mit „Bibliographie der Wirtschaftspresse“ vierteljährlich DM 36,—. Zu beziehen vom Verlag Weltarchiv GmbH, Hamburg 36, Poststr. 11, oder durch den Buchhandel